

Barbara Hendricks

Wohlstand und ökologische Verantwortung

»Das Filmteam ist zu Fuß vom Bahnhof ins Institutsgebäude gelangt. Trotz des dichten Verkehrs ist der Weg angenehm zu gehen, weil die Autos mit Elektroantrieb oder Brennstoffzellen fahren, kein Abgas ausstoßen und geräuschlos sind. (...) Die Fassaden in der vom Bahnhof wegführenden Schlossstraße sind mit wildem Wein bewachsen und vermitteln das Gefühl einer wirklichen Landschaft in der Stadt.«

Im Jahr 1996 schrieb Hermann Scheer diese Zukunftsvision. Sie spielt an einem Tag im Jahr 2050 und zeichnet eine Welt, in der Mensch und Natur in Einklang stehen. Wie utopisch mag dies damals auf die Leserinnen und Leser gewirkt haben – in der Atmosphäre der späten Jahre der Kanzlerschaft Helmut Kohls?

Vieles ist seitdem passiert. Heute, kaum 20 Jahre später, erscheint uns das Szenario gar nicht mehr als realitätsfern. Umwelt- und Naturschutz sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Sie werden nicht mehr von vornherein als »Jobkiller« oder »Fortschritthemmnis« angesehen. Mehr noch: Heute ist allgemein anerkannt, dass Umwelt- und Naturschutz Arbeitsplätze schaffen und neue Chancen bieten, von der Hightechindustrie der erneuerbaren Energien bis zum Tourismus in Nationalparks.

Der Umwelt- und Naturschutz hat einen langen Weg hinter sich, mit vielen Unterbrechungen. Er beginnt vor fast genau 300 Jahren am Rande der deutschsprachigen Welt, im Erzgebirge. Durch den Raubbau an den Wäldern – man braucht das Holz zur Befuerung der Erzgruben und Schmelzhütten – steht der Bergbau der Region vor einer Energiekrise. Gruben und Hütten sind von der Schließung bedroht. Der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz schlägt vor, nur so viel Holz zu schlagen, wie wieder nachwächst. Einfach, aber revolutionär. Er prägt dafür den Begriff der »Nachhaltigkeit«. Carlowitz rettet damit den sächsischen Bergbau und den Wald im Erzgebirge. Er begründet auf diese Weise die Forstwirtschaft neu – und sein Prinzip gilt bis heute.

In der aufkommenden Industrialisierung des 19. Jahrhunderts bedeutet Fortschritt, die Natur zu beherrschen. Das ist nicht verwunderlich, in einer Zeit, in der die Launen der Natur, Überschwemmungen, Sturmfluten, Missernten und Dürren zu den großen Bedrohungen des Menschen gehören. Alles wird daran gesetzt, die Grenzen der Natur zu überwinden: Berge, Täler, Sümpfe und frei mäandrierende Flüsse stehen dem Menschen im Weg. Allerdings bewirkt diese Ausbeutung der Erde, dass zugleich der Wohlstand der Bevölkerung deutlich ansteigt.

Dieses Credo bestimmt das 20. Jahrhundert: Die Ausbeutung der Natur ist immer verbunden mit einem Wohlstandsversprechen. Bis heute zeigt sich, dass der Schutz der Umwelt nie von der sozialen Frage getrennt werden kann. Niemand wird die Mehrheit der Menschen für Umweltschutz begeistern können, solange dadurch der Wohlstand bedroht wird. Erst viel später wird es darum gehen, diesen Gegensatz zu überwinden.

Dass nicht nur Wohlstand, sondern auch eine intakte Natur Teil eines guten Lebens ist, wissen viele Menschen bereits im 19. Jahrhundert. Eine Gegenbewegung keimt auf. Etwas zaghaft entdeckt zunächst die Romantik die Schönheit der Natur. Gegen Ende des Jahrhunderts organisieren sich die ersten ökologischen Strömungen in Bürgertum und Arbeiterschaft. Im Jahr 1895 gründen sich in Wien die Naturfreunde. Nur vier Jahre später ruft Lina Hähnle in Stuttgart den »Bund für Vogelschutz« ins Leben. Wir kennen ihn heute als Naturschutzbund NABU. Der Mitgliedsbeitrag wurde bewusst sehr niedrig angesetzt, damit jede/r sich ihn leisten konnte.

Lina Hähnle ist ihrer Zeit weit voraus und begreift ihren Verein von Beginn an politisch: Sie hat erreicht, dass die zu Anfang des 20. Jahrhunderts modischen Damenhüte mit riesigen Vogelfedern schlicht unmodern wurden. Ein frühes Beispiel für eine gelungene PR-Kampagne für den Naturschutz. Vor gut 100 Jahren, organisiert von einer Frau.

Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Umweltschutz zu dieser Zeit in der Werteordnung der Gesellschaft immer noch am Rand steht. Dort bleibt er auch in den Jahrzehnten, in denen es darum geht, zwei Kriege zu überstehen und den Nationalsozialismus zu überwinden.

Zwar finden sich schon kurz nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland parteiübergreifend 70 Abgeordnete aus Bundestag und Landtagen zur »Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft für naturgemäße Wirtschaftsweise« zusammen und fordern, das Prinzip Nachhaltigkeit allgemein auf die Nutzung natürlicher Ressourcen zu übertragen. Aber die öffentliche Resonanz und die politische Wirkung bleiben sehr begrenzt.

Und dann, im Jahr 1961, das Unerhörte: Willy Brandt proklamiert im Bundestagswahlkampf den »blauen Himmel über der Ruhr«. Es ist ein Gegenentwurf zu einer Luftverschmutzung, die wir uns heute – zumindest in Europa – nicht mehr vorstellen können. Es geht vorrangig um den Schutz der Menschen, der Arbeiter und Anwohner. Die Umweltbelastung wird aber endlich zum Thema. Werbung für die Natur erreicht – Bernhard Grzimek, Heinz Sielmann und dem Fernsehen sei Dank – die Menschen in ihren Wohnzimmern.

*»Blauer Himmel
über der Ruhr«*

Das erste Umweltprogramm der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet das Kabinett Willy Brandt im Jahr 1971. Umweltschutz nimmt als politisches Thema endlich Fahrt auf. Im Jahr 1974, im Zeichen der ersten großen Ölkrise, wird das Umweltbundesamt eingerichtet. Schwermetalle und Gifte in Böden und Nahrung werden zum Thema. An der Atomkraft entzündet sich Protest. Der Umweltschutz ist plötzlich im Zentrum der gesellschaftlichen Debatte. Eine Bewegung entsteht, deren Brisanz auch viele Sozialdemokraten lange nicht erkannt haben.

Die Auseinandersetzung um die Atomkraft prägt die politische Sozialisation einer ganzen Generation, lässt sie zweifeln und nach Alternativen suchen, gerade auch als Wissenschaftler, Ingenieure und Unternehmer. Aber erst nach den Kernschmelzen von Tschernobyl und Fukushima gelingt es, diesen gesellschaftlichen Großkonflikt zumindest in Deutschland zu beenden. Hier liegen die Wurzeln der Energiewende und der deutschen Klimaschutzpolitik. Beides findet heute eine breite Zustimmung in unserer Gesellschaft.

Wir stehen am Beginn einer neuen Epoche. Breiten Teilen der Bevölkerung ist klar, dass es ein »Weiter so« nicht geben kann. Wir müssen unseren Wohlstand von dem Verbrauch von Rohstoffen entkoppeln. Wir müssen Eingriffe in die Natur so begrenzen, dass die ökologischen Grenzen unseres Planeten nicht überschritten werden. Die Behauptung, Klimaschutz schade der Wirtschaft, haben wir in das Reich der Märchen verwiesen. Zwischen 1990 und 2012 sind die Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union um 18 % gesunken, während die Wirtschaft im gleichen Zeitraum um 45 % gewachsen ist. Mehr Wohlstand bedeutet also nicht automatisch eine höhere Umweltbelastung.

Aber noch immer gibt es Zweifel. Zum Beispiel von kleineren Unternehmen oder Verbrauchern. Sie werfen kritische Blicke, etwa auf die Energiewende, die sie über Jahre durch höhere Strompreise finanziert haben. Trotzdem müssen wir alle uns darüber im Klaren sein: Die Bilanz der »Energiewende« ist 15 Jahre nach ihrem Start ökologisch und ökonomisch außerordentlich positiv. Wir decken bereits heute über 25 % unseres Strombe-

darfs aus erneuerbaren Energien. Im Jahr 2050 wird unsere Energieversorgung fast vollständig auf regenerativen Ressourcen basieren. In Deutschland sind wir auch aufgrund des Booms der Umwelttechnologien vergleichsweise glimpflich aus der Wirtschaftskrise gekommen. 1,5 Millionen Menschen verdienen heute ihr Geld in dieser Branche. Technologien wie die Photovoltaik, deren wirtschaftlicher Nutzen noch vor zehn Jahren stark in Zweifel gezogen wurde, sind heute marktfähig. Moderne Windkraftanlagen stehen im Ruhrgebiet zwischen alten Schornsteinen. Sie sind das Symbol eines neuen Zeitalters. Technologien für intelligente Stromnetze werden entwickelt und finden weltweit Interesse. Geld, das ansonsten für den Import teurer fossiler Rohstoffe benötigt worden wäre, geht in die Hände der Bürgerinnen und Bürger, Genossenschaften, Landwirte oder mittelständischer Betriebe – die ihr eigenes Energieunternehmen werden.

Können wir uns also zurücklehnen und auf konfliktfreie Zeiten freuen? Natur- und Umweltschützer haben durchaus auch unterschiedliche Ziele, gerade die Energiewende führt uns einiges an Dissens vor Augen. Wie können wir beispielsweise die Windkraft ausbauen, ohne der Natur zu schaden?

Wir sollten nicht in die Versuchung kommen, Umwelt- und Naturschutz gegeneinander auszuspielen. Letztendlich ist die Natur ein Teil unserer Umwelt. Wenn wir der Umwelt Gutes tun, dann profitiert regelmäßig auch die Natur davon. Wenn wir den Klimawandel nicht stoppen, dann steuern wir auf ein Ausmaß an Artensterben zu, wie es die Erde zuletzt

Umweltbewusstsein steigt

beim Aussterben der Dinosaurier durchgemacht hat. Und umgekehrt: Wenn wir tropische Urwälder schützen und sogar aufforsten, dann bremsen wir den Klimawandel.

Woher kennen wir eigentlich den Stellenwert, den Umwelt und Natur in der Gesellschaft einnehmen? Sicher, es gibt die üblichen Quellen: die veröffentlichte Meinung in den Medien, die eine oder andere Meinungsumfrage, Wahlergebnisse.

Wir – das Ministerium – lassen die Frage regelmäßig wissenschaftlich untersuchen. Die aktuelle Umweltbewusstseinsstudie unterstreicht, dass die Bereitschaft in der Bevölkerung größer wird, das eigene Handeln auf die Umweltauswirkungen hin zu überprüfen. Für mehr als neun von zehn Deutschen ist es wichtig, dass sie sich »mit der Umwelt im Reinen« fühlen. Diese positive Einstellung belegt auch die letzte Naturbewusstseinsstudie: 92 % der Befragten geben an, dass für sie die Natur zu einem guten Leben dazugehört.

Beide Studien machen deutlich, dass die Menschen von der Politik ein entsprechendes Engagement für Natur und Umwelt erwarten. Die Studien stärken Umweltpolitikern aller Parteien den Rücken. Das »Nationale Hochwasserschutzprogramm« zum Beispiel wäre ohne den öffentlichen Rückenwind kaum vorstellbar gewesen. So werden den Flüssen 20.000 Hektar mehr Raum für Überschwemmungen gegeben, Fluss-Auen werden renaturiert und ganz nebenbei freuen sich Vögel, Amphibien und Insekten.

Ein weiteres Beispiel ist das gegenwärtig diskutierte Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft. Die Naturbewusstseinsstudie 2013 hat erneut gezeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung sie ablehnt: 84 % der Befragten plädieren dafür, gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft zu verbieten. Und derzeit wird die genaue Ausgestaltung des Verbotes in der Bundesregierung abgestimmt. Politisches Handeln erwächst aus dem Wissen, was die Menschen wollen. Oder eben nicht wollen.

Beide Beispiele belegen, dass ein ausgeprägtes Bewusstsein für natur- und umweltschutzrelevante Themen in der Bevölkerung Einfluss auf das politische Handeln haben. Umgekehrt müssen Umweltpolitiker ständig für wichtige Naturschutzziele und deren

Bedeutung werben, die in der Bevölkerung bisher wenig bekannt sind und daher oft als Einschränkungen verstanden werden.

Und es gibt durchaus Nachholbedarf: Die Naturbewusstseinsstudie 2013 offenbarte nämlich auch Defizite in der Informations- und Bildungsarbeit. Politik kann zwar hehre Ziele beim Umwelt- und Naturschutz ausrufen. Sie darf aber nicht vergessen, die Menschen mitzunehmen.

Es überrascht wenig: Das Bewusstsein für biologische Vielfalt ist bei den wohlhabenden sozialen Milieus ausgeprägter, als in den einkommens- und bildungsbenachteiligten Schichten der Gesellschaft. Unser Ansatzpunkt ist, die Natur zu den Menschen zu bringen. Denn, um es mit Konrad Lorenz zu sagen: »Nur was ich kenne, das liebe ich, nur was ich liebe, das schütze ich.« Sozial schwächere Menschen wohnen häufig in dicht bebauten Quartieren, an befahrenen Straßen und haben weniger Grün vor der Haustür. Mehr Grün in die Stadt zu bringen, ist deshalb ein guter erster Schritt. Das hebt die Lebensqualität und – ganz nebenbei – auch das Naturbewusstsein. Wir müssen Natur stärker erfahrbar machen – in der Schule und vor der Haustür.

*Natur stärker
erfahrbar machen*

Das soll allerdings nicht davon ablenken, dass die Bürger am oberen Ende der Einkommensskala eine besondere Verantwortung haben. Denn hier wartet eine (vermeintliche) Überraschung: Wohlhabende und gut gebildete Bürgerinnen und Bürger zeigen in Umfragen zwar eine große Affinität zum Umwelt- und Naturschutz, verbrauchen gleichzeitig aber deutlich mehr Ressourcen. Das Elektroauto neben dem Geländewagen in der Garage ist für die Umwelt zwar besser als zwei Geländewagen. Aber wer sich nur ein Fahrrad oder ein Busticket leisten kann, der lebt unter dem Strich umweltschonender.

Dieser ressourcenintensive Lebensstil steht oft in Widerspruch zum geäußerten Bewusstsein. Der nächste Geländewagen hat vielleicht einen sparsameren Motor, dafür aber wieder ein paar PS mehr.

Deshalb sind neue Wege der Nachhaltigkeit erforderlich. Teilen statt Besitzen ist ein guter Ansatz. Die Politik kann hier die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, beispielsweise mit Steueranreizen oder privilegierten Parkplätzen für Carsharing-Fahrzeuge.

Manche Utopie von heute wird von zukünftigen Generationen möglicherweise als rückständig oder gar unvernünftig angesehen werden. Der Umweltschutz gehört in die Mitte der Gesellschaft, in die Parlamente, Stadträte, in die Schulen und Vereine. Die Balance zwischen dem nachvollziehbaren Wunsch der Menschen, die Natur zu ihrem Wohlstand zu gebrauchen, und der Notwendigkeit, sie vor Ausbeutung zu schützen, lässt sich nicht in der Theorie finden. Wir müssen uns weiter auf die Suche nach neuen Technologien machen, die diese Kluft verkleinern. Wir brauchen Menschen wie Hermann Scheer oder Lina Hähnle, die vordenken. Und wir brauchen öffentliche Debatten: Die Gesellschaft muss die Grenzen menschlicher Eingriffe immer wieder aufs Neue diskutieren, damit wir in Wohlstand leben können. Und damit wir die Schönheit unseres Planeten auch für diejenigen bewahren, die nach uns kommen.



Barbara Hendricks

war Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium und Bundesschatzmeisterin der SPD. Seit 2013 ist sie Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

barbara.hendricks@bundestag.de